

Lest und studiert:

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER
BOURGEOISIE UND MODERNEN REVISIONISTEN (11)

Die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes vom Februar 1934 studieren!

DIE WAFFE DER KRITIK KANN DIE KRITIK
DER WAFFEN NICHT ERSETZEN KARL MARX

- ★ DREI WICHTIGE ARTIKEL AUS DEM JAHR 1934
ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF DER ÖSTERREI-
CHISCHEN ARBEITER
- ★ DIE AKTUALITÄT DER LEHREN DES BEWAFFNETEN
KAMPFES VOM FEBRUAR 1934
(VORWORT DER MHP)

MLPÖ

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER
BOURGEOISIE UND DER MODERNEN REVISIONISTEN

REVOLUTIONÄRE LEHREN
DES 12. FEBRUAR 1934

Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde.

GEORGI DIMITHOFF

- ★ "AUS DER VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT
LERNEN I"
(AUS "ROTE FAHNE" DER MLPD NR.149)
- ★ "BRIEF AN DIE ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER
(VON GEORGI DIMITROFF)

Rote Fahne

50 Jahre danach - wieder Militär im Karl-Marx-Hof

[illegible]

Rote Fahne

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!

durch vor der Konstituierung der ungarischen Abgeordnetenversammlung (Nationalversammlung) im April 1945. Die Wahlrechtskriterien zwischen SPD und FDP nach den Maximalzahlen (im April 1945) waren: SPD 14, FDP 10. In der politischen Öffentlichkeit galt die Verteilung als ungerecht. Diese wurde durch die alliierte Besatzungsmacht, Genes dem Hinter den Kulissen ausgeübten "Regierungsspielen" (Lagerfeld) verändert. Der FDP wurde 20 Sitze und der SPD 18 Sitze zugewiesen. Die FDP-Partei war die Nationalratspräsidentin Beate von Mar.

Der 10. Jahrgang	
Die Sozialistische Revolution bringt den Arbeiter den Sieg.	3
1. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
2. Sozialistische Revolution und Kapitalismus. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
3. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
4. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
5. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
6. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
7. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
8. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
9. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3
10. Die Sozialistische Revolution ist die Revolution der Arbeiterklasse, die die Herrschaft der Bourgeoisie überwindet und die Arbeiter die Herrschaft über die Arbeiterklasse erringt.	3

Rote Fahne

ZU DEN OPERNBALL-EREIGNISSEN 1987:
**POLIZEISTAAT
IN AKTION!**



© 2004 Blackwell Publishing Ltd, *Journal of Internal Medicine* 255: 103–110

rote Fahne

ARBEITERKLASSE UND VERSTAATLICHUNG

- [illegible]

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 237

Ausgabe September 1989

Preis S 10,-

Lucona, Noricum, Bundesländerversicherung, Salzburger Wohnbau...

**DIESES VERFAULTE SYSTEM
IST NUR WERT,
ZERSCHLAGEN ZU WERDEN!**

Vor einigen Jahren, nach dem AKH-Skandal, der WBO-Affäre und dem Weinskandal, sprach der damalige Bundespräsident Kirchschläger von einigen Sümpfen und sauren Wiesen, die in diesem schönen Land leider nicht fehlten und rasch trockengelegt werden mußten.

Diese Worte haben sich angesichts der riesigen Skandalfut seitdem als ebenso lächerlich und beschönigend erwiesen wie das Lob eines gewesenen Papstes für Österreich als "Insel der Seligen".

Fast täglich kommen neue Details an die Oberfläche von "Skandalen", deren Zahl und Ausmaß schon längst nicht mehr übersehbar ist.

* Da sind reihenweise Minister, Richter und Bundesheeroffiziere in mörderische Schwindelaffären a la Lucona oder Noricum verwickelt, bei denen skrupellos über Leichen gegangen wird und auch schon mehrere unsichere Mitwisser oder unliebsame Quertreiber ins Jenseits befördert worden sind.

* Nach den Rücktritten gleich beider SPÖ-Zentralsekretäre wegen Steuerhinterziehung bringen hunderte "Selbstanzeigen" zum Vorschein.

daß sich offensichtlich seit Jahrzehnten ganze Heerscharen von Politikern und Parteiangestellten die Taschen mit "schwarzen Geldern" vollstopfen.

* Reihenweise fliegen Scheinfirmen und "Schachtelfirmen" im Inland und Ausland auf, über die jahrelang Millionen- und Milliardenbe-

Aus dem Inhalt

Die herrschenden Parteien sitzen alle im selben Korruptionsboot	2
Der Fisch beginnt vom Kopf zu stinken	6
Den ganzen Umfang des Systems der Korruption erkennen!	7
Korruption - untrügliches Kennzeichen auch der revisionistischen Herrschaft	9
Lenin über Imperialismus und Korruption	11
Die grünen Saubermänner und die Korruption	12
Neuregelung des RF-Abonnements	15
Impressum	16

**Wir bitten um
Bestellung bei:**

ZENTRALER LITERATURDIENST
POSTFACH 582 1150/9 WIEN

MLPÖ

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPO), Medieninhaber,
Verleger und Hersteller: Franz Strobl, Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56/2.
Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

träge beiseite geschafft worden sind. Selbst ein bürgerliches Blatt wie der "Kurier" kann angesichts dessen über die Kirchschläger-Worte nur noch ätzen:

"Stümpfe? Saure Wiesen? Das klingt rührend gestrig. Nach dem, was jetzt täglich emporbrodelt, ist diese Udo-Republik ein einziges Schlamm-Meer." ("Kurier", 9.2.89)

Umso angestrengter versuchen die Herrschenden mit allen Mitteln zu vertuschen, daß dieser Staat und die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse in Wirklichkeit eine einzige Ansammlung von Blasen mit zum Himmel stinkendem Inhalt sind.

Allen möglichen bagatellisierenden und ablenkenden Demagogien zum Trotz wird damit die Tatsache immer unübersehbarer, daß die Korruption, Schwindelaffären und "Skandale" aller Art in massenhaftem Umfang und mit gigantischen Größenordnungen ein unvermeidliches Wesensmerkmal der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung sind!

DIE HERRSCHENDEN PARTEIEN SITZEN ALLE IM SELBEN KORRUPTIONSBOOT

Im Zusammenhang mit den in Österreich der Reihe nach auffliegenden Korruptionsskandalen erleben wir immer wieder dasselbe interessante Schauspiel.

Jedesmal, wenn eine Blase aus dem Korruptionssumpf platzt, erhebt sich, je nachdem ob unter ihren Drahtziehern vorwiegend prominente SPler oder Schützlinge der ÖVP sind, auf der Gegenseite ein demagogisches Geschrei über die Bestechungswirtschaft im Lager des Koalitionspartners, während man selbst sich mit großem StimmAufwand als Vorkämpfer der Sauberkeit und Unbestechlichkeit gebärdet.

Der angegriffene Koalitionspartner antwortet dann mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit damit, daß er seinerseits irgendeine Blase aus dem Korruptionssumpf aufsteigen und platzen läßt, welche die Bestechlichkeit maßgeblicher Persönlichkeiten der Gegenseite enthüllt. Meist geht dieses aufschlußreiche Spiel dann in schönem Proporz eine Weile hin und her, bis schließlich dem einen oder dem anderen Koali-

tionsbruder Bedenken über die Zweckmäßigkeit solcher gegenseitigen Enthüllungen kommen und man wieder zur Taktik der gemeinsamen Vertuschung der beiderseitigen Korruptionsskandale zurückkehrt.

Ein besonders illustratives Beispiel für dieses Korruptions-Pingpong zwischen den Koalitionsparteien oder, besser gesagt, ein ganzes Match mit vielen Treffern und Eigentreffern auf beiden Seiten, bilden die Fälle der "Lucona" und "Bundesländerversicherung":

In die Affäre "Lucona" ist in erster Linie eine ganze Riege von SPÖ-"Spitzenpolitikern" wie Blecha und Gratz verwickelt, die z.B. über den "Club 45" aufs engste mit der Proksch-Partie verbandelt sind. Die ÖVP nützte diesen Umstand natürlich weidlich aus und bestand auf einem Lucona-Untersuchungsausschuß.

Als "Entlastungsoffensive" verwies die SPÖ auf die mit der ÖVP verwobene Bundesländer-Versicherung, die Millionengelder verschwinden ließ und eine Finanzierungsquelle der ÖVP ist. Die SPÖ verlangte nun ihrerseits einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die "Bundesländer"-Versicherung oder aber - noch besser - eine Eingliederung der Parteispenden-Affäre rund um die "Bundesländer"-Versicherung in den "Lucona"-Ausschuß. Dazu ist es zwar nicht gekommen, aber der Zweck war erfüllt. Die Rute im Fenster hat ausgereicht, um die ÖVP auf bestimmte Grenzen der "Enthüllungen" im Lucona-Untersuchungsausschuß festzulegen.

Die stockreaktionäre Salzburger Zeitung "Observer" kommentiert die Verstrickungen von SPÖ und ÖVP in die Affären Lucona, Noricum und Bundesländer-Versicherung offenherzig so:

"Die Waffen- und Versicherungsprovisionszahlungen in astronomischen Höhen, im Falle der Bundesländerversicherung über 40 Millionen, sind verschwunden auf 'Nimmer Wiedersehen', und es legt von den Großparteien auch ernstlich niemand darauf wert, sie zu finden, denn dann würde man Gefahr laufen, auch im eigenen Nachtkastl kramen lassen zu müssen." ("Observer", 10. Woche 1989)

Das gleiche Phänomen zeigt sich auch wieder beim Auffliegen der SPÖ-Steuerhinterziehungen, die zum Rücktritt der zwei SPÖ-Zentralsekretäre Keller und Sallaberger geführt und eine

ganze Flut panikartiger "Selbstanzeigen", ja sogar eine kollektive Selbstanzeige der SPÖ ausgelöst haben.

Statt die Gunst der Stunde zu nutzen, bediente sich der ÖVP-Generalsekretär Kukacka reinster Engelszungen gegenüber dem in Bedrängnis geratenen Koalitionspartner. Das Magazin "profil" konstatierte eine geradezu "verdächtige Stille", mit der die ÖVP die Steuerhinterziehungsaffäre der SPÖ - wie auch jene der FPÖ - bedachte und zog daraus den Schluß, "daß keine Partei mit Steinen werfen will, weil sie selber im Glashaus sitzt." ("profil" 50/88, S.21)

Kukacka, der sich selbst unter Mithilfe von SPÖ-Politikern eine Wohnbauförderung in Höhe von 300.000 S für seine 200 Quadratmeter große Luxuswohnung zugeschanzt hat, indem er diese als 2 Wohnungen deklariert hat (vgl. "Kurier", 19.2.89), hat diesen Hintergrund der äußersten Zurückhaltung zugegeben: "Im Unterbewußtsein schwingt vielleicht schon Angst mit, daß auch bei uns Einzelfälle auftauchen." ("profil", 50/88, S.29)

Und als dann ans Tageslicht kam, daß die ÖVP ein eigenes Wirtschaftsunternehmen gegründet hat, einzig und allein zu dem Zweck, Steuergelder zu hinterziehen, war es umgekehrt der SP-Finanzminister Lacina, der die ÖVP offen in Schutz nahm: Von Betrug zu sprechen sei absurd, denn die ÖVP habe nur gemacht, was andere ebenfalls tun, um möglichst wenig Steuern zu zahlen.

Das gegenseitige Aufwiegen von Schweinereien ist nicht allein auf die Koalitionsparteien beschränkt, sondern wird munter natürlich auch von der "Oppositionspartei" FPÖ praktiziert. Als Lacina "Mißmut" darüber äußerte, daß Haider für die ihm geschenkten 1565 Hektar im Bärenthal (das "arisiertes" Eigentum im Wert von mindestens 150 Millionen S ist!) nur 196 S Schenkungssteuer und 14 S Vermögenssteuer bezahlte, konterte dieser umgehend:

"Die SP soll ruhig sein, ihr Kärntner Landesrat Rauscher hat eine ähnliche steuerliche Vertragskonstruktion." (Haider zitiert im "Kurier", 9.2.89)

Die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen Beispielen ergeben, liegen auf der Hand:

● SP-Führung und VP-Führung wie FP-Führung sind in ganz gleicher Weise in das in Österreich herrschende unerhörte Korruptionsnetz verstrickt. Jede dieser Parteien kann im Notfall beliebig viele Korruptionsaffären der Gegenseite auffliegen lassen und so immer wieder ihr Stillschweigen erpressen. Wo sie einen Fall auffliegen lassen, dort nicht aus Vorliebe für Sauberkeit und Unbestechlichkeit, sondern zum Schutz der eigenen Korruptionswirtschaft.

Fazit:

▶ Keine dieser Parteien ist an einem wirklichen Kampf gegen die Korruption interessiert und kann daran auch garnicht interessiert sein.

DIE BESCHÖNIGER UND BESCHÜTZER DES KORRUPTIONSSYSTEMS

In allen jenen Fällen, in denen große Korruptionsskandale aufgefliegen sind, man sie also nicht mehr ableugnen und vertuschen kann, wird versucht, einerseits Millionenschiebungen zu bagatellisieren, indem man den Umfang der Schiebungen möglichst vertuscht, die Aufregung darüber als übertrieben hinstellt usw.

Auf der anderen Seite bezeichnet man die Korruptionsfälle als durch die "menschliche Unzulänglichkeit" begründete Einzelercheinungen, als leider unvermeidliche "Fehlritte" einzelner "schwarzer Schafe", die es bedauerlicherweise auch in den besten Parteien und in den bestregierten Ländern gebe.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte z.B. der SPÖ-Zentralsekretär Keller zurücktreten, der sogenannte "Aufwandsentschädigungen" für seine Funktion in der Mietervereinigung in Höhe von 150.000 S nicht versteuert hatte. Keller bezeichnete das als "Fehlverhalten tolerierbarer Größe" und empörte sich darüber, daß ihm "wegen dieser lächerlichen paar Netsch" das politische Image verdorben worden sei.

Das zeigt, in welchen finanziellen Größenordnungen diese Leute zu denken gewohnt sind. Diese "lächerlichen paar Netsch", welche Keller zusätzlich kassierte, verdient in Österreich

z.B. eine Textilarbeiterin noch nicht einmal in einem ganzen Jahr!

Der Wiener Landesparteiobmann der SPÖ Mayr erklärte zum Mietervereinigungsskandal, bei dem insgesamt viele Millionen Schilling unversteuert in die Taschen von Funktionären wanderten, die schwarze Auszahlung solcher "Entschädigungen" habe "den kleinen Mitgliedern bloß Kosten erspart" ("profil" 57/88, S.12), weil im Falle der Versteuerung die "Entschädigungen" natürlich viel höher hätten sein müssen. So wird die Steuerhinterziehung der Großen geradezu als Wohltat für die Kleinen hingestellt.

Das ist überhaupt die Einstellung all dieser Karrieristen, welche ihre Tätigkeit in Mietervereinigungen, Pensionistenverbänden usw. ausschließlich als Domäne zur Vergrößerung ihrer Pfründe und als Sprosse auf ihrer Karriereleiter sehen. Der Kärntner SP-Landessekretär Großmann hat dies mit unverschämter Offenheit ausgesprochen:

"Die SPÖ zahlt schlecht, das ganze System der Entlohnung ist ein Hohn. Solange das nicht geändert wird, bleibt die Gefahr, daß man sich irgendwo etwas dazunimmt." ("profil" 50/88, S.28)

Sich selbst sieht er natürlich auch als so "skandalös" unterbezahlt, daß er noch Zusätzliches braucht:

"Ich bekomme als Parteisekretär nach Schema 19.000 brutto. Gemeinsam mit dem Bezug aus dem Bundesratsmandat werde ich auf 30.000 Schilling netto kommen. Und ich sage ganz offen, das ist mir zuwenig." (Ebenda)

Das erklärt im übrigen ein hoher Funktionär einer Partei, die immer noch vorgibt, in erster Linie für die Interessen jener arbeitenden Menschen einzutreten, die in ihrer großen Masse mit Bruchteilen solcher Beträge auskommen müssen.

Allerdings läßt sich mit der Argumentation dieser Figur, die Politiker seien eben unterbezahlt, die Wirklichkeit nicht erklären. Denn am meisten "nehmen" nicht diejenigen, die es am dringendsten bräuchten, sondern man könnte fast als Gesetz aufstellen: Je privilegiierter einer ist, desto größer ist die von ihm begangene oder ge-

OBEN - UND UNTEN

Die Quelle der Korruption der "Gestopften", der Profiteure und Privilegierten aller Sorten, ist die schamlose Ausbeutung gerade der untersten Schichten der Arbeiterklasse sowie natürlich die Teilnahme an der Ausplünderung der unterjochten Völker.

Einige Fakten sollen illustrieren, mit welchen Methoden etwa Reinigungsfirmen wie z.B. die "Akkord" in Klagenfurt ihre Profite maximieren.

Die Reinigungsfirmen preisen ihre "Dienste" für andere Unternehmer in folgender Art an:

Wenn ihre Kosten für das Reinigungspersonal zu hoch sind, dann wenden Sie sich an unser Reinigungsunternehmen. Wir stellen regelmäßig Bedienerinnen zur Verfügung. Die Vorteile liegen auf der Hand. Sozialversicherung, Lohnsteuer, Krankenstand, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sind für Sie Fremdwörter, wenn Sie mit unserem Unternehmen arbeiten."

Tatsächlich entlassen immer mehr Unternehmen und staatliche Einrichtungen ihr Reinigungspersonal und lassen von Fremdfirmen putzen. Auch das zeigt, daß es sich hierbei keineswegs nur um die Zustände in einer Branche handelt. Die ca. 570 Reinigungsfirmen in Österreich zählen rund 40.000 Beschäftigte. Etwa 75 bis 80 Prozent davon sind Ausländer/innen, 65 Prozent Teilzeitkräfte. Der Frauenanteil macht 80 Prozent aus.

Die Arbeitsbedingungen schreien zum Himmel:

* Seit 1962 gibt es keinen Rahmen-Kollektivvertrag. Putztrupps können täglich von den Unternehmern auf die Straße gesetzt werden, da Reinigungsarbeiter/innen nicht durch Kündigungsfristen geschützt sind.

* Haben Bedienerinnen das Pensionsalter erreicht, gibt es für viele ein böses Erwachen. Durch die Praxis der Ausschreibungen gehen Reinigungsobjekte von einem Reinigungsunternehmen zum nächsten. Das bedeutet, eine Bedienerin reinigt jahrelang dasselbe Gebäude, nur die Unternehmer wechseln ständig. Trotz jahrelanger Arbeit hat sie dann keinen Anspruch auf Abfertigung.

* Um darüber hinaus noch Sozialversicherungsabgaben zu sparen, wird systematisch hinterzogen. Am einfachsten: Die meist ausländischen Arbeiterinnen werden überhaupt nicht angemeldet. Oder sie werden als sogenannte "Zwei-Stunden-Frauen" beschäftigt: Die Arbeitszeit wird so aufgeteilt, daß die offiziellen Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze für die Sozialversicherung von monatlich 2.640 S liegen und die Kapitalisten nur Unfallversicherung bezahlen müssen. Arbeiten die Bedienerinnen allerdings länger, läuft ihr Lohn, der über diesen Betrag hinausgeht, auf einen beliebig anderen Namen.

Diese skandalösen Zustände sind auch eine Anklage gegen die Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst, die gegen diese seit Jahrzehnten bestehenden extremen Ausbeutungsbedingungen keinen Finger krumm macht.

deckte Schiebung! Und das ist auch ganz logisch: Die Größten und Mächtigsten haben auch die größten und mächtigsten Möglichkeiten, haben Zugang zu den am reichlichsten fließenden Quellen.

Sallaberger, Lustig und wie sie alle heißen, haben schon "legal" fünfstelliges Einkommen, kassieren monatlich das zwanzigfache des Einkommens einfacher Werktätiger. Und gerade sie schoben sich zusätzlich noch die größten Beträge zu. Herr Lustig zum Beispiel, der Ex-Vorsitzende des Wiener Gemeinderates, bekannte jetzt dem Finanzamt ein zusätzliches, unversteuertes Einkommen von insgesamt 2,8 Millionen S. Soviel verdienen selbst die bestbezahlten Arbeiter nicht einmal in Jahrzehnten!

Aber der Vergleichsmaßstab dieser unendlich gierigen Kreaturen sind sowieso nicht die kleinen Leute in diesem Land, sondern "große Fische", solche vom Schlage eines Hannes Androsch.

Der ehemalige Finanzminister und Vizekanzler Kreiskys wurde wegen Falschaussage

rechtskräftig verurteilt (sein Verfahren wegen Steuerhinterziehung läuft noch). Deshalb mußte er als Vorsitzender der größten Bank Österreichs, der CA, seinen Hut nehmen. Aber siehe da, als Trostpflaster für die Verurteilung bekam er von der Bank eine Abfertigung von 7 Millionen S sowie jährlich eine Pension von 3,9 Millionen S. So kann Androsch selbst die höchste Geldstrafe buchstäblich aus dem Gilet-Täschchen bezahlen und seine gesamten "Petites" haben sich für den kaum 50jährigen reichlichst gelohnt! Vranitzky rechtfertigte und billigte diesen Skandal kürzlich ausdrücklich.

Bemerkenswert ist überhaupt, wie unendlich sanft die großen Skandalfälle behandelt werden. Im Falle des steirischen Ex-Landeshauptmanns Niederl und seiner Familie, die sich bei der "Bundesländer"-Versicherung mit 5 Millionen S bedienten, schreiben die "Salzburger Nachrichten" z.B. von einer "menschlichen Tragödie", die wieder einmal zeige, wie "unvollkommen" der Mensch sei.

Für die "Beihilfe zur Untreue" bekam Niederl lächerliche 2 Jahre bedingt, seine 2 Söhne je 3

Fortsetzung auf S.6

KLASSENJUSTIZ

Eine Untersuchung des Instituts für höhere Studien hat Ende 1988 folgende Fakten präsentiert (siehe "Kurier" 4.12.88):

* Jede/r 3. verdächtige Arbeiter/in kommt in U-Haft, aber nur jeder 11. Unternehmer;

* 41 Prozent aller Verfahren gegen Unternehmer werden eingestellt, aber nur 21 Prozent aller Verfahren gegen Arbeiter/innen;

* 62 Prozent aller verurteilten Selbständigen kommen mit einer bedingten Strafe davon, während 60% aller verurteilten Facharbeiter/innen und sogar 66 Prozent aller verurteilten Hilfsarbeiter/innen hinter Gitter müssen.

verhängte Urteile:	Geldstrafe	„Bedingte“	unbedingte Haft
berufliche Stellung des Verurteilten			
Hilfsarbeiter	3 %	31 %	66 %
Facharbeiter	3 %	37 %	60 %
Angestellte, Beamte	4 %	49 %	47 %
Selbständige	10 %	62 %	28 %

Jahre, davon jedoch nur je 1 Jahr unbedingte Haftstrafe. Wer würde für Beträge von einigen Millionen nicht gerne eine solche "Strafe" auf sich nehmen? Dafür trifft einen Arbeitslosen, der eine Semmel stiehlt, die volle Härte des Gesetzes. Semmel stehlen ist eben ein ganz niedriges Verbrechen, Millionen stehlen dagegen ein Kavaliärsdelikt.

DER FISCH BEGINNT VOM KOPF ZU STINKEN

Schließlich wird aus den großen Korruptionsaffären, in denen es um Dutzende und hunderte Millionen geht, auch noch was anderes klar: Sie lassen sich nicht ohne Dutzende hoher Mitwisser, nicht ohne eine große Organisation durchführen.

Bei drei Monsterskandalen der jüngsten Zeit trat diese Tatsache ganz deutlich zutage.

* Im Fall des Lucona-Skandals haben damals führende Politiker wie Innenminister Blecha und Nationalratspräsident Gratz eine maßgebliche Rolle gespielt, um ein Verbrechen zu decken, bei dem 6 Seeleute ermordet worden sind und viele weitere in Lebensgefahr gebracht wurden. Die Justiz, zunächst unter Minister Ofner, dann unter Foregger, hat das ihre dazu beigetragen, z.B. indem sie dem Gangster-Duo Proksch-Daimler den legalen Fluchtweg ins Ausland bereite und damit all jenen einen Gefallen tat, die froh waren, daß Proksch und Daimler weit weg sind und nichts Belastendes aussagen. Auch das Bundesheer als Lieferant des Sprengstoffs, mit dessen Hilfe die Lucona versenkt wurde und die Stapo mit ihrer Bespitzelung von Veranstaltungen, wo unter Umständen unerwünschtes zur Sprache kommen könnte, sind in dieses Netz einbezogen, dessen Fäden nach ganz oben führen.

In diesem Reigen durfte auch FPÖ-Haider nicht fehlen. Dieser litt zwar zunächst an der Waldheim-Krankheit, sich plötzlich nicht mehr erinnern zu können, mußte dann aber zugeben, auch in enger Verbindung mit Proksch gestanden zu sein.

* Nicht anders verhält es sich beim Noricum-Skandal, d.h. den "illegalen" Waffenlieferungen des "neutralen" Österreich an den Iran im Wert von über 600 Millionen S. Der damalige Kanzler Sinowatz, Blecha als Innenminister und Gratz als seinerzeitiger Außenminister haben aktiv an

der Vertuschung der Affäre teilgenommen. Zum Beispiel vertuschten sie die Existenz der Telexe des österreichischen Botschafters in Athen Amry, in denen dieser sich erstaunt über Provisionsforderungen eines Waffenhändlers äußerte, die an ihn herangetragen worden waren. Amry starb am Tag nach seinen Anfragen in Wien unter höchst merkwürdigen Umständen.

Mit dem Leben mußte auch der VÖEST-Manager Apfalter bezahlen, der mehreren Personen ge-

DER DEMAGOG PRETTEREBNER

Mit seinem Buch "Der Fall Lucona" hat Pretterebner den österreichischen "Sachbuch-Bestseller" der letzten Jahre geliefert. In diesem Buch werden tatsächlich Fakten zusammengetragen, die eindeutig zeigen, daß in die Affäre Lucona höchste Politiker unmittelbar verwickelt sind und es sich bei der Versenkung des Schiffes um Mord handelt.

Bezeichnend ist allerdings, in welchen Rahmen Pretterebner die ganze Geschichte stellt. Für ihn steckt dahinter "Moskau", das damit die "westliche Demokratie" destabilisieren wolle. Damit wird natürlich gezielt abgelenkt von den kapitalistischen Verhältnissen hierzulande, aus denen der "Fall Lucona" erwachsen ist.

Über die Absichten eines Pretterebners gibt schon seine Biographie und sein politisches Vorleben Aufschluß. Er begann seine Karriere mit 17 beim "Bund europäischer Jugend", einer monarchistischen paneuropäischen Bewegung. 1964 macht er Pro-Habsburg-Aktionen. Dann heuert er beim Monarchisten-Blatt "Die Krone" an, dann beim monarchistischen Organ "ABC". 1975 begann er mit der Herausgabe der "Politischen Briefe", worin er mit primitivster Hetze gegen alles vom Leder zieht, was auch nur dem Namen nach "sozialistisch" ist. Seinen geistigen Standort gibt er selbst so an: "Wenn radikal richtig definiert würde, wäre ich durchaus ein Rechtsradikaler." (Zitiert in "profil" 6/89, S.21)

Die Tatsache, daß das Buch eines sich solcherart selbst zum Rechtsradikalismus bekennenden Typen in der Öffentlichkeit heute als das "Enthüllungsbuch" der letzten Zeit angesehen und wirken kann, zeigt die enorme Gefahr, die von hier droht: Die Gefahr, daß mit stockreaktionärer und sogar faschistischer Demagogie der Korruptionssumpf und die ununterbrochene Kette von Skandalen nur benutzt wird, um einer Verschärfung der reaktionären Entwicklung das Wort zu reden und geistig einer Entwicklung den Boden zu bereiten, bei der die Herrschenden zukünftig Politiker vom Schlage Haider an die Spitze stellen.

✦ Damit die Massen nicht in diese Falle gehen, müssen die Marxisten-Leninisten zeigen, daß das ganze Übel bekämpft werden muß, daß all die Rattenfänger von rosarot bis braun, ungeachtet ihrer Schaukämpfe und Beißereien untereinander, Abteilungen in der Armee und Diener der imperialistischen Bourgeoisie sind.

genüber erklärt hatte, die Waffenaktion mit Iran sei von allem Anfang an mit Wissen und Duldung der Politiker Blecha, Sinowatz und des damaligen Verstaatlichten-Ministers Lacina ausgehandelt und abgewickelt worden. Ja, wer die "Omerta", das Schweigegebot bricht, führt auch in Österreich ein gefährliches Leben!

In den Waffenschieberskandal ist auch Außenmi-

nister Mock verwickelt, der dabei eine sehr merkwürdige Rolle spielt. Er wurde von Österreichs Botschafter in Teheran informiert, daß die iranische Seite auf der Einhaltung bestimmter Lieferübereinkommen bestehe. Mock leitete die Meldung erst sieben Wochen später weiter, als der Skandal sowieso schon nicht mehr zu verheimlichen war.

Fortsetzung auf S.8

DEN GANZEN UMFANG DES SYSTEMS DER KORRUPTION ERKENNEN!

Die Korruption ist in Österreich wie anderswo bekanntlich nicht eine Sache der einfachen Werktätigen, sondern von Privilegierten, insbesondere eine Frage hoher und höchster politischer und staatlicher Mandatare. Daß es dabei auch so etwas wie eine Hierarchie der Korruption und eine Art Massenbasis dafür gibt, aus der sich nicht wenige der größten Korruptionisten herausentwickelt haben, auf die sie sich aber auch stützen können, verweist auf die Frage der Arbeiteraristokratie und gewisser Schichten des Kleinbürgertums, für die "Brosamen" von den Extraprofiten abfallen, die aus der Imperialistischen Ausbeutung besonders der unterdrückten Völker erzielt werden.

Wer die Realität der Korruption in Österreich kennt, muß aber auch sehen, daß sich das System der Korruption "nach unten" nicht allein auf diese privilegierten Schichten beschränkt, sondern wie es buchstäblich alles ansteckt und vergiftet bis tief hinein in Teile des werktätigen Volkes, der "kleinen Leute" selber, d.h. sehr weitgehend das gesellschaftliche Leben infiziert und verkrüppelt. So kann durchaus nicht selten auch von einfachen Werktätigen gehört werden: "Na sind wir uns ehrlich, wenn wir an der Quelle sitzen würden, würden wir es doch auch nicht anders machen!"

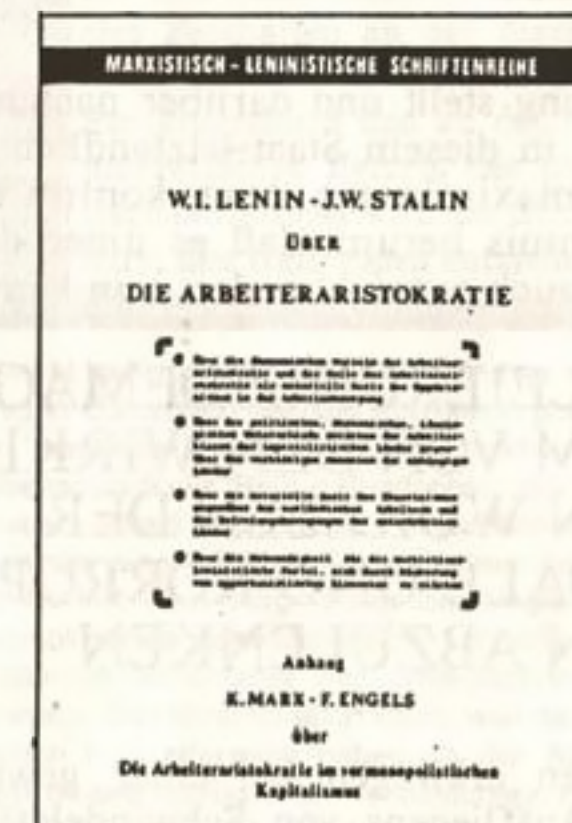
Der Grund für eine derartig verheerende Situation liegt in der rasch fortschreitenden Fäulnis der politischen Verhältnisse in Österreich, in der vor allem durch den Verrat der "K"PO-Revisionisten bedingten Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, ja der Stagnation und sozialdemokratisch gemanagten Lähmung jeglicher Arbeiterbewegung überhaupt.

Für dieses Phänomen gibt es auch eine materielle Grundlage, welche durch die über lange Jahre hinweg "prosperierende" Nachkriegsentwicklung zeitweilig noch verstärkt wurde: In den weltweiten imperialistischen Ausbeutungsverhältnissen besteht die objektive Basis dafür, daß Teile der Arbeiterschaft der unterdrückenden Nationen, wozu Österreich gehört, bis zu einem gewissen Grad Teilhaber "ihrer" Bourgeoisie bei der Auspöndelung der Arbeiterschaft und der Masse der Bevölkerung der unterdrückten Nationen werden. Das ist der Nährboden dafür, daß breite Teile der Arbeiterklasse mit dem zersetzenden Gift der imperialistischen Ideologie, egoistischer Rücksichtslosigkeit,

Bestechlichkeit und des Chauvinismus angesteckt werden können und tatsächlich auch angesteckt werden.

Aber die langfristig wirkende Tendenz der relativen und absoluten Verelendung des Proletariats, die heute immer deutlicher auch in Österreich hervortritt, schafft zugleich den Boden dafür, daß ein energischer Kampf gegen die von Fäulnis und vom Parasitismus der Verhältnisse ausgehende Lahmlegung der Arbeiterbewegung, für die Wiederbelebung einer revolutionären Arbeiterbewegung, schließlich doch erfolgreich sein wird.

Angesichts der die Luft verpestenden Korruption und Fäulnis, die heute in Österreich herrscht, muß ganz besonders die Leninische Richtlinie hervorgehoben werden, daß es unsere Pflicht ist, tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen zu gehen, die am wenigsten von diesem ganzen Gift infiziert sind, um ihnen die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruchs mit dem Reformismus und Opportunismus klarzumachen, sie durch schonungslosen Kampf dagegen zur Revolution zu erziehen.



* Zum Skandal der "Bundesländer"-Versicherung, die eine feste Domäne der ÖVP und eine ihrer wichtigen Finanzierungsquellen ist, erklärte ÖVP-Graff: Hier liege einfach eine "riesige Steuerhinterziehung" vor, bei der allein der im Ausland untergetauchte "Bundesländer"-Mann Löschenkohl der Übeltäter sei.

In Wirklichkeit handelt es sich um derartig riesige Summen, die mittels komplizierter internationaler Transaktionen verschoben wurden, daß eine solche Einzeltäterschaft gänzlich ausgeschlossen ist. So berichtet die großbürgerliche Zeitung "Die Presse", daß Direktoren und leitende Angestellte der "Bundesländer"-Versicherung von Scheinfirmen auf den Bahamas und in London hunderte Millionen Schilling abgezweigt haben ("Die Presse", 4./5.2.89). Da paßt natürlich auch ins Bild, daß der Ex-Nationalratspräsident der ÖVP Maleta, der Löschenkohl gut kennt, mit diesem gemeinsame Hawaii-Besuche gemacht hat (siehe "profil" 6/89, S.14)...

So penetrant all dies schon zum Himmel stinkt, was da zum Vorschein kommt, muß dennoch klar sein: Niemals werden wir den ganzen Umfang der Wahrheit über alle Verstrickungen und Verfilzungen bei diesen und anderen Affären erfahren, solange diejenigen die Staatsmacht haben, welche mittelbar und unmittelbar die Übeltäter sind. Fliegt irgendetwas durch Zufall auf, so haben diese Herrschaften alle zusammen im Grunde nur ein Interesse: "Schaden begrenzen", keine Kettenreaktionen entstehen lassen und alles möglichst schnell wieder zudecken.

Wer in Rechnung stellt und darüber nachdenkt, daß die Politik in diesem Staat letztendlich dem Ziel der Profitmaximierung dient, kommt nicht um die Erkenntnis herum, daß es unter dieser Voraussetzung auch garnicht anders sein kann.

VERSCHLEIERUNGSDEMAGOGIEN, UM VON DEN WIRKLICHEN WURZELN DER SKANDALE UND KORRUPTION ABZULENKEN

Seit Jahrzehnten erklingen bei einer gewissen Häufung des Auffliegens von Schwindelaffären und Skandalen eindringliche "Appelle" zu "mehr Sauberkeit" in der Politik und dergleichen Scher-

ze mehr. Bezeichnender weise gehen solche Appelle besonders von Herrn Waldheim aus, über dessen Rolle als oberster "Saubermann" wohl sogar sein SA-Pferd ins Wiehern geraten würde. Gefruchtet hat das alles natürlich noch nie, und so entsteht ein gewisser "Erklärungsbedarf", warum diese üblen Erscheinungen immer wieder auftreten. Im Zusammenhang mit der schon erwähnten Theorie von der bedauerlichen "Unzulänglichkeit der menschlichen Natur" werden insbesondere zwei Varianten angeboten, welche plausibel machen sollen, warum in Österreich ein so fruchtbarer Nährboden für das Gedeihen von Skandalen und Korruption besteht.

* Variante 1 wurde etwa von den "Salzburger Nachrichten" anlässlich des Niederl-Prozesses formuliert:

"Der Mensch ist unvollkommen und er ist in einer Zeit, in der Wertbegriffe von Treue und Glaube, von Tugend und Redlichkeit, und wie die so antiquiert scheinenden Worte alle heißen, vielfach bestens ein müdes Lächeln hervorlocken, den Versuchungen um so stärker ausgesetzt." ("Salzburger Nachrichten", 4.3.1989)

Die verlorengegangenen "Wertbegriffe" des christlichen Abendlands werden also als Wurzel des Übels ausgegeben. Abgesehen davon, daß Zeiten des größten Einflusses und der höchsten Machtentfaltung der Kirche nicht selten auch Zeiten der schlimmsten Korruption und der ärgsten Verbrechen waren - man denke an Lukretia Borgia, die Inquisition usw. -, ist der Versuch, die Häufung von Verbrechen mit dem Sinken der Moral zu erklären, genau so klug, als wollte man eine Hungersnot mit dem Fehlen von Lebensmitteln "erklären". Wenn die "Moral" der Herrschenden früher beträchtlich höher gewesen sein sollte, wieso ist sie dann so sehr gesunken, sinkt sie weiterhin und ist davon praktisch überhaupt nichts mehr zu bemerken? Warum beantworten die "Salzburger Nachrichten" nicht diese wesentliche Frage?

* Die zweite Variante ist von der Wahrheit ebenso weit entfernt. Sie versucht das, was eindeutig Folge und Ausdruck des kapitalistischen Ausbeutersystems in seiner heutigen Erscheinungsform ist, geradezu als im Gegensatz dazu stehend darzustellen. Rauscher rühmte im "Kurier" zum Beispiel die westliche Demokratie und Marktwirtschaft als die "beste aller Ordnungen", was auch der "Osten" inzwischen anerkennen müsse ("Kurier", 2.4.89). Das Problem sei

nur, daß Österreich zuwenig davon habe, zuwenig modern sei:

"Eine westliche Demokratie und Marktwirtschaft in vollem Sinne sind wir nicht, und weil wir es nicht sind, haben unsere Mißstände - Politikerprivilegien, Parteienfilz und Korruption - ein so langes, zähes, Leben." ("Kurier", 2.4.89)

Rauscher spekuliert mit der Tatsache, daß das kapitalistische System in Österreich infolge der fehlgeschlagenen bürgerlich-demokratischen Revolution noch starke feudale, um nicht zu sagen mittelalterliche Elemente enthält. Eben das wird ja auch oft mit der Feststellung ausgedrückt, daß "auf dem Wiener Rennweg der Balkan beginnt",

wobei man statt Rennweg besser Ringstraße oder Ballhausplatz sagen sollte.

Ohne Zweifel ist da einiges dran, doch der entscheidende Trick Rauschers besteht darin, daß er zwei ganz verschiedene Fragen durcheinanderbringt. Die eine ist die Frage, wieso in der heutigen Zeit in der ganzen kapitalistisch-imperialistischen und revisionistischen Welt die Verbrechen der Herrschenden, ihre Korruption, Hemmungslosigkeit beim Brechen ihrer eigenen Gesetze usw. zunehmen. Eine zweite, ganz andere, sekundäre Frage dagegen ist, warum und wieso diese Erscheinung in Österreich besonders krass auftritt.

Denn tatsächlich ist die Zunahme der Korruption

Fortsetzung auf S.10

KORRUPTION - UNTRÜGLICHES KENNZEICHEN AUCH DER REVISIONISTISCHEN HERRSCHAFT

In der UdSSR, China, Ungarn, überall wo die modernen Revisionisten zur Macht gelangt sind, hat die von ihnen betriebene Wiederherstellung ausbeuterischer Verhältnisse auch zum "Aufblühen" von Korruption und Schiebergeschäften größten Stils geführt. Da dort ebenso wie in den "klassischen" kapitalistischen Ländern der Profit regiert, sind dort gleichermaßen auch alle "Apelle" zum "Kampf gegen Korruption" nicht nur fruchtlos, sondern völlig demagogisch.

Anfang Juni erschien in der "Beijing Rundschau" Nr.23/1989 der Artikel "Korruption unerbittlich bekämpfen", der sich im Grunde nicht von dem unterscheidet, was hierzulande in den bürgerlichen Medien zu diesem Thema verzapft wird. Darin muß zugegeben werden, daß trotz "vieler Maßnahmen" der Regierung die Korruption "weiterhin immer noch verbreitet" sei, "an manchen Orten scheint sie sogar schlimmere Ausmaße anzunehmen". Das veranlaßt den Verfasser zu einer bezeichnenden Betrachtung darüber:

Das Schiebertum von Beamten ist ein kompliziertes gesellschaftliches Problem in der ganzen Welt. Auch in den wirtschaftlich entwickelten Staaten, die ein perfektes Rechtssystem haben, ist es bis heute noch nicht überwunden, geschweige denn in China, das gegenwärtig eine Phase durchläuft, in der das neue System an

die Stelle des alten tritt. Außerdem ist hier der Marktmechanismus des fairen Handels noch nicht errichtet. Die Lücken in der Verwaltung können von raffgierigen Leuten ausgenutzt werden. Deswegen ist das Schiebertum von Funktionären eine Selbstverständlichkeit. Das Festhalten an der marktorientierten wirtschaftlichen Strukturreform und an der demokratischen Reform des politischen Systems wird der Schieberei den Nährboden entziehen.

Das gleicht im Kern völlig dem Gefasel etwa im "Kurier", wonach es in Österreich deshalb Korruption gebe, weil es zuwenig "westliche Demokratie und Marktwirtschaft" gebe. Und ebenso muß die "Beijing Rundschau" die Antwort schuldig bleiben, wieso auch in den "wirtschaftlich entwickelten Staaten, die ein perfektes Rechtssystem haben", die Korruption floriert. Über bürgerliches Soziologengewäsch über "ein kompliziertes gesellschaftliches Problem" kommt das internationale Sprachrohr der chinesischen Revisionisten nicht hinaus. Das kann es auch kaum, weil die Profiteure der Korruption kein Interesse haben an der Aufdeckung der Wurzeln dieses untrüglichen Kennzeichens der Ausbeuterherrschaft, in welcher Form immer sie auch besteht.

tion, der Unterschleife, der Rücksichtslosigkeit, mit der sich die an der Quelle sitzenden Herrschaften die Taschen füllen, eine weltweite Erscheinung. Das zeigt schon ein Blick auf jene Länder mit der höchstentwickelten kapitalistischen Produktionsweise, wie z.B. die USA, Japan oder die BRD. Gibt es dort vielleicht keine Korruption, keine Bestechungen im größten Ausmaß?! Watergate, Irangate, Flickskandal usw. beweisen das Gegenteil.

IMPERIALISMUS UND KORRUPTION

Das System der Korruption ist keine österreichische Besonderheit, sondern typisch für alle kapitalistischen Länder. Es ist ein System, das mit dem Imperialismus, mit dem Zeitalter, in dem die Bourgeoisie, wie Lenin sagt, "bei lebendigem Leibe verfault", untrennbar verbunden ist. Korruption und Bestechung im Riesenausmaß sind Lebens- und Daseinsformen des Finanzkapitals und nicht Entgleisungen einzelner "gestrauchelter" Minister, Parteiführer oder Beamter.

Hinter diesen Erscheinungen steckt nämlich nichts anderes als die kaum zu übersehende, alle Bereiche der Gesellschaft durchdringende "Allmacht des Reichtums". Die Herrschaft des Kapitals, die allem Gefasel von "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" in jedem Moment tausendfach Hohn spricht, realisiert sich, wie Engels und Lenin festgestellt haben, durch die "direkte Beamtenkorruption" und zweitens durch die "Allianz von Regierung und Börse" (à la Androsch-Vranitzky!). Das Finanzkapital hat diese beiden Methoden wirklich zu einer "außergewöhnlichen Kunst" entwickelt.

Nur ein Beispiel dafür ist der "Skandal" um den Bau des Staatsarchivs in Wien, über den das Magazin "profil" schreibt: "Alte Akten verschwanden, neue kamen dazu - und die Millionen flossen" (7/89). Bei diesem Milliardenbau konnte es sich der Baugroßunternehmer Eberhardt nach Herzenswunsch richten:

"Eberhardt diktierte - mit Zustimmung des Ministeriums - das Milliardenprojekt in allen Phasen. Von der Planung bis zu den Kosten. Eberhardt bestimmte sogar die Architekten. Nicht um dem Steuerzahler Kosten zu ersparen, sondern um selber 'auf seine Rechnung' zu kommen." ("profil" 7/89, S.29)

Oder nehmen wir die Stadt Klagenfurt. Dort hat die Reinigungsfirma "Akkord" so ziemlich jeden bestochen, der dafür in Frage kam, um sich einen dominierenden Einfluß zu verschaffen. ÖVP, SPÖ und FPÖ erhielten Parteispenden. Der Finanzchef im Klagenfurter Rathaus Barounig, SPÖ, hat mindestens 250.000 S genommen. Kassiert hat auch der Vizepräsident des Landesschulrats und Schulsprecher der ÖVP. Das Geflecht der Korruption ging in diesem Falle, natürlich mit stark fallenden Beträgen, buchstäblich bis zum kleinen Schulwart und einigen Polizisten herunter.

Eine sehr wesentliche Rolle spielt auch das für den Imperialismus typische "Beteiligungssystem" der Kapitalgesellschaften.

Musterbeispiele dafür haben die VÖEST und ihre Tochterfirmen "Intertrading" und "Noricum" geliefert. Bei der Frage der politischen "Verantwortung" für die abenteuerlichen Spekulationen der "Intertrading" wurde immer wieder beteuert, daß der "Mutterkonzern" und schon garnicht die zuständigen Politiker als Eigentumsvertreter der verstaatlichten Industrie was davon ahnten oder ahnen hätten können.

Auch die Gründung von Scheinfirmen gehört zu den beliebten Manövern des Finanzkapitals, um Gewinne zu maximieren und sich anzueignen. Nennen wir nur einige Fälle, die in jüngster Zeit im Zusammenhang mit diversen Affären durch die Medien gingen. Mittels Scheinfirmen operierten etwa der schon erwähnte Bauunternehmer Eberhardt, die "Bundesländer"-Versicherung, aber auch der Raiffeisen-Konzern, der mit ihrer Hilfe kräftig Export-Subventionen kassierte. Beim "Lucona"-Skandal wimmelt es nur so von solchen Luft-Firmen.

In jüngster Zeit steht dafür der Skandal um die Wohnbau-Salzburg (WEB), bei der mittels eines weitverzweigten Beteiligungssystems mindestens 1 Milliarde*, also tausend Millionen Schilling aus den Taschen zahlreicher geprellter kleiner Anleger in die Taschen potenter Finanzhaie wanderten. Und das nicht ohne die aktive Mithilfe höchster Salzburger Politiker, welche dafür reichlich "entschädigt" wurden.

* Eine Milliarde Schilling, das nennt sich so leicht, aber tatsächlich ist es schon ein Betrag, der das Vorstellungsvermögen übersteigt. Bündelt man 1000 S-Scheine und legt die Bündel aufeinander - wie hoch würde der Stapel wohl werden, bis eine Milliarde erreicht ist? Einen Meter oder gar zwei? Nein, er würde fast die Höhe des Stefansturmes erreichen!

Von Zeit zu Zeit kommt es vor, daß die eine oder andere dieser ausgesprochenen Schieber- und Betrugsgesellschaften auffliegt und liquidiert werden muß, daß der eine oder andere Direktor "untragbar" wird und seinen Hut nehmen muß. Aber das bedeutet nur, daß nach einer kleinen Übergangszeit eine neue Firma gegründet wird, die mit neuen Direktoren das alte Spiel fortsetzt.

Auch die in der kapitalistischen Wirtschaft übliche Gewährung von "Provisionen" bei der Er-

teilung oder Vermittlung von Aufträgen öffnet der Bestechung Tür und Tor. Im Grunde sind die Provisionen nichts anderes als Bestechungsgelder. Beim Noricum-Skandal flog so manches nur auf, weil Mittelsmänner bei diversen österreichischen Stellen vorstellig wurden, um ihren Anteil an Provisionen einzufordern. Dabei handelt es sich zum Teil um geradezu aberwitzige Summen. Bei Botschafter Amry in Athen meldete sich z.B. ein Agent des Iran-Geschäftes mit der Forderung, noch 30 Millionen S "Prämie" zu erhalten.

Fortsetzung auf S.12

LENIN ÜBER IMPERIALISMUS UND KORRUPTION

"Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus." (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, 1916, LW 23, S.102)

★

"Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen 'Details'." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916, LW 22, S.241, Sperrung im Original)

★

"Politische Reaktion auf der ganzen Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus. Korruption, Bestechung im Riesenausmaß, Panamaskandale jeder Art." (Ebenda, S.103)

"In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, 'übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus', und zwar erstens durch die 'direkte Beamtenkorruption' (Amerika) und zweitens durch die 'Allianz von Regierung und Börse' (Frankreich und Amerika).

Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst 'entwickelt'." (Lenin, Staat und Revolution, 1917, LW 25, S.404/405)

★

"Das 'Beteiligungssystem' dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolisten riesenhaft zu vermehren, es ermöglicht außerdem, jede Art von dunklen und schmutzigen Geschäften straflos zu betreiben und das Publikum zu schröpfen,

denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der 'Muttergesellschaft' für die 'Tochtergesellschaft' nicht verantwortlich, die als 'selbständig' gilt und vermittels derer sich alles 'drehen' läßt."

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916, LW 22, S.232, Sperrungen im Original)

★

"Alle Vorschriften der Kontrolle, der Veröffentlichung der Bilanzen, der Ausarbeitung eines bestimmten Bilanzschemas, der Einsetzung von Aufsichtsinstanzen u. dgl. m., womit Professoren und Beamte in wohlgemeiner Absicht - d.h. in der Absicht, den Kapitalismus zu verteidigen und zu beschönigen - die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch nehmen, können hier keinerlei Bedeutung haben. Denn das Privateigentum ist heilig, und man kann niemandem verwehren, Aktien zu kaufen, zu verkaufen, umzutauschen, zu verpfänden usw." (Ebenda, S.234)

★

"Die 'amerikanischen' Sitten, vor denen europäische Professoren und gutgesinnte Bürger heuchlerisch die Augen verdrehen, sind in der Epoche des Finanzkapitals buchstäblich zu Sitten einer jeden Großstadt in jedem Lande geworden." (Ebenda, S.194)

★

Tatsache ist, "daß die Opportunisten objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, der mittels der imperialistischen Extraprofite bestochen wird und in Kettenhunde des Kapitalismus, in Verderber der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist."

(Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, 1916, LW 23, S.107, Sperrungen im Original)

★

Im Falle der "Bundesländer"-Versicherung wurden aber auch fiktive "Provisionen" erfunden und "ausbezahlt", die in Wirklichkeit nur eine Konstruktion waren, um Profite in gigantischen Größenordnungen zu verschleiern, d.h. sie steuerfrei aneignen zu können (vgl. "profil" 6/89).

UM KORRUPTION UND SKANDALE AUS DER WELT ZU SCHAFFEN, MUSS DAS GANZE KAPITALISTISCH-IMPERIALISTISCHE SYSTEM ZERSCHLAGEN WERDEN!

Im Zusammenhang mit der "Lucona"-Affäre und anderen Skandalen pochten die "Grünen" immer wieder darauf, daß es nicht genüge, einige Politiker und Manager wegzuschicken oder auch zu verurteilen. Vielmehr komme es darauf an, wirkliche Konsequenzen zu ziehen, das gesamte System zu reformieren, damit sowas nicht mehr passiere. Das Wesentliche an sol-

DIE GRÜNEN SAUBERMÄNNER UND DIE KORRUPTION

Der eigentliche "Star" des Lucona-Ausschusses war ohne Zweifel der "Grüne" Peter Pilz, der sich für die "Erneuerung der politischen Kultur" in diesem Lande mächtig ins Zeug warf und sich zum staatstreuen Vorkämpfer gegen Zustände aufspielte, welche "unserer Demokratie nicht würdig" seien.

Allerdings, noch können die "Grünen" so tun, als würde ihnen das Phänomen der Korruption fremd sein, als könnten sie ohne eigenen Ballast in die Arena des Kampfes für eine "grundsätzliche Erneuerung" treten.

Aber ihr ganzes Streben geht ja dahin, dieses kapitalistische System mitzuverwalten, darin "Verantwortung" zu übernehmen. Der Generalsekretär der Grünen, Voggenhuber, hat ja schon die Regierungsbeteiligung als großen Wunsch seiner Gruppe bekannt gemacht, wobei er sich vor allem der SPÖ anbiedert. Aber kann wirklich ein vernünftiger Mensch glauben, daß es keine Korruption mehr geben wird, wenn in einem Vranitzky-Regierungsteam auch ein paar Voggenhubers mitlaufen? "Rot-Grün" in Westberlin, wo grüne Abgeordnete die gewaltsame Räumung besetzter Häuser billigten, gibt bereits einen Vorgeschmack davon, wozu sie dann fähig sein werden.

Der Kernpunkt ist, daß die "Grünen" ebenso wie die "K-PÖ" grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen "Ordnung", also jener "Ordnung" stehen, zu deren Wesen die Korruption gehört.



Entwurf

KURIER-Karikatur: D. Zehentmayr

Selbst bürgerliche Medien wie der "Kurier" machten sich über den Entwurf des "Lucona-Untersuchungsberichts" lustig. Den Herrschenden erschien es denn auch opportun, den Lucona-Bericht etwas zu "verschärfen", um das Ansehen des Parlamentarismus aufzupolieren. Der "Endbericht" geht den Dingen natürlich ebenso wenig auf den Grund und verschleierte ebenso die entscheidenden Hintergründe.

chen "Forderungen" ist jedoch die Erhaltung dieses Systems, d.h. der Pelz soll gewaschen, aber nicht naß werden.

Als große Errungenschaft wurde die Einrichtung des parlamentarischen "Lucona"-Ausschusses begrüßt, in dem der "Grüne" Peter Pilz eine "vorantreibende" Rolle gespielt hat. Dieser Ausschuß sei nötig gewesen, "damit es wenigstens nachträglich Klarheit und politische Konsequenzen gibt" ("Kurier", 25.2.89.).

Doch es gab ja schon einmal einen derartigen Untersuchungsausschuß. Er behandelte den AKH-Skandal und endete buchstäblich wie das Hornberger Schießen.

Beim Lucona-Untersuchungsausschuß wird als großer Fortschritt hingestellt, daß dieser "öffentlich" tagte. Aber nicht nur das gilt sehr eingeschränkt, weil sich die Herrschenden nicht einmal auf eine Fernseh-Direktübertragung einlassen wollten (ist ja auch kein Zita-Begräbnis!).

Wichtiger ist, daß es auch bei Befragungen in der Öffentlichkeit genug Möglichkeiten zur Manipulation gibt. Die Lucona-Ausschuß-Praxis hat das zur Genüge gezeigt. Das geht von der zweckgerichteten Festlegung der Fragesteller über die Präparierung von Zeugen bis zum Verschwindenlassen von Akten. Das zeigte auch das Gerangel um den "Abschlußbericht", auf den sich dann schließlich die SPÖ, ÖVP und die "Grünen" einigten. Keinesfalls sollte darin etwas präsentiert werden, was über die Gren-

zen der Vereinbarungen hinter den Kulissen hinausging.

■ Aber entscheidend ist, daß es überhaupt keine echten Konsequenzen aus dem Auffliegen von Korruptionsfällen geben kann, noch weniger diese selbst verhindert werden können, solange der eigentliche Nährboden dieser Erscheinungen, nämlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhalten bleibt!

Nach Beendigung des "Lucona"-Ausschusses erklärte Justiz-Minister Foregger auf die Frage: "Glauben Sie, daß man sich's in Österreich noch richten kann, Herr Minister?":

"Das glaube ich nicht, gerade der Lucona-Ausschuß wird längere Zeit hindurch einen heilsamen Effekt haben." ("Kurier", 9.7.89.)

Die Wahrheit sieht aber ganz anders aus. Einziger Effekt daraus wird vielmehr sein, daß die kapitalistischen Machthaber sich anstrengen werden, damit in nächster Zeit große "Skandale" und Affären möglichst nicht aufliegen, d.h. vertuscht und unter den Teppich gekehrt werden, um das angeschlagene "Vertrauen in die Politik" und das "Ansehen Österreichs" zu stärken.

Das zeigt sich etwa bei der "Behandlung" des riesigen "Skandals" der Wohnbau Salzburg (WEB), der "pünktlich" nach Abschluß des Lucona-Untersuchungsausschusses aufflog. Die "Gerüchte" über die Verwicklung praktisch der gesamten "Politik" in Salzburg, inklusive des langjährigen ÖVP-Landeshauptmanns Haslauer, wurden sehr rasch zum Verstummen gebracht, was umso leichter möglich ist, weil offensichtlich buchstäblich alle etablierten bürgerlichen Parlamentsparteien darin verwickelt sind. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Direktive von Vranitzky, sozusagen "präventiv" die Akten in den Ministerien und Ämtern im Hinblick auf Verwicklungen von weiteren Politikern in die Noricum-Affäre zu durchsuchen, damit nicht später unkontrolliert noch was "passt".

Aber mögen aus Gründen der "Schadensbegrenzung" in Zukunft auch noch einige unhaltbar gewordenen Figuren wie jüngst Blecha, Sinowatz und Gratz (die allesamt ihre Unschuld beteuern!) zurückgezogen werden. Oder mögen auch einige neue "Kontrollmechanismen" aus der Tasche gezogen werden, damit die Korruptionisten ihre Machenschaften besser "kontrollieren" können. Grundsätzlich ändern kann sich dadurch absolut nichts.

Fortsetzung auf S.14



Ausschußmitglieder Graff, Partik-Pablé, Pilz, Obmann Steiner

Das Aufsteigen der einzelnen Korruptionsblasen, so wichtig es ist, um die Fäulnis der herrschenden Verhältnisse zu zeigen, kann die Dinge nicht grundsätzlich ändern, weil es die Wurzeln der Korruption nicht berührt: Das "heilige" Privateigentum. Um die Korruption zu beseitigen, muß das kapitalistisch-imperialistische System selbst beseitigt werden, aus dem unvermeidlich immer neue Korruptions-skandale hervorsprossen.

DAS SYSTEM DER KORRUPTION KANN NUR DIE PROLETARISCHE REVOLUTION ZERSCHLAGEN!

Um dieser ganzen Sumpffäulnis grundlegend den Boden zu entziehen, müssen die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Allein so kann die entscheidende Quelle des systematischen "Kaufs" der "Volksvertreter", ihrer "Versorgung" mit Posten in Aufsichtsräten usw. verstopft werden. Unter dieser Voraussetzung gibt es auch keine "Allianz von Regierung und Börse" mehr, welche Figuren wie Androsch, Vranitzky, Taus usw. nach Bedarf zwischen Regierungssesseln und Chefesseln in Konzernnetzen hin und her pendeln läßt.

Ein wirklicher Kampf gegen die Korruption, der sich nicht mit kosmetischen Oberflächenoperationen begnügt, muß das Übel also an der Wurzel packen. Dagegen werden sich die Profitmacher, die dabei sehr viel, nämlich ihr Ausbeuterparadies, verlieren werden, mit allen Mitteln ihres bürgerlichen Staats verteidigen. Die "Expropriation der Expropriateure" kann also nicht friedlich erfolgen, sondern nur auf dem Weg der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats und der Errichtung einer neuen revolutionären Macht des Proletariats, jener Klasse, welche nichts zu verlieren hat als ihre Ketten und zutiefst daran interessiert ist,

mit jeglichen Ausbeutungsverhältnissen Schluß zu machen.

Allerdings dürfen die weiter bestehenden Gefahren der Korrumpierung und Entartung politischer Funktionäre, ja der gesamten proletarischen Macht nicht übersehen oder bagatellisiert werden.

Diese Gefahren gehen nicht nur von den Überresten des Kapitalismus in der Wirtschaft aus, die besonders in der Anfangszeit der Diktatur des Proletariats nicht unterschätzt werden dürfen, sondern vor allem auch von den kapitalistischen Überresten im Bewußtsein der Menschen, den alten Gewohnheiten usw. Die raffische egoistische Mentalität, möglichst viel zu "nehmen", verschwindet nicht von allein.

Besonders muß der Klassenkampf mit aller Konsequenz bis zum Kommunismus weitergeführt werden, sollen die Möglichkeiten und Früchte der Revolution nicht bald wieder verlorengehen und soll nicht mit der Wiederkehr der Ausbeuterordnung auch der ganze Schmutz, die ganze Fäulnis, die sie kennzeichnet, wieder um sich greifen, wofür die heutige UdSSR, China und die anderen ehemals sozialistischen oder volksdemokratischen Ländern ein abschreckendes Beispiel sind. Die skandalösen Erscheinungen, die in diesen Ländern während der Jahre des sozialistischen Aufbaus weitgehend oder schon zur Gänze beseitigt waren, aber heute womöglich schlimmer sind als je zuvor, sind durchaus kein Beweis dafür, daß die Beseitigung von Korruption und Betrug unmöglich sei, an der "Komplexität der modernen Welt" oder der angeblich "unveränderlichen menschlichen Natur" scheitern müsse. Vielmehr ist auch das eine Aufgabe, die unter der Voraussetzung des siegreichen Voranschreitens der proletarischen Revolution von den werktätigen Massen effektiv in Angriff genommen und erfolgreich gelöst werden kann, wenn diese wachsam bleiben und die marxistisch-leninistische Partei sie in diesem Kampf zielklar zu führen versteht.



SPENDET FÜR DEN RF-FONDS!

NEUREGELUNG DES RF-ABONNEMENTS EINE ZWINGENDE NOTWENDIGKEIT

Seit 1982 beträgt der Abonnementspreis für 10 aufeinanderfolgende Ausgaben der "Roten Fahne" ö.S. 165,-. Dieser bereits damals äußerst knapp kalkulierte Preis, in dem auch das Porto und der Versand enthalten sind, deckt schon längst nicht mehr die Kosten und muß deshalb wesentlich erhöht werden.

Die Erhöhung der Abo-Gebühr ist aus zweifeln Gründen absolut unvermeidlich und längst überfällig. Erstens ist die Teuerung bei Druckmaterial, Papier und besonders beim Postporto ganz enorm. In den letzten 4 Jahren war es bereits so, daß vom alten Abo-Betrag allein S 85,- auf das Porto bzw. den Versand entfielen, so daß für 10 Nummern ganze S 80,- verblieben.

Der zweite Grund ist der große durchschnittliche Umfang der Einzelnummern. Z.Bsp. zählen die bis Februar 1989 erschienenen letzten 10 Ausgaben zusammen 392 Seiten und macht ihr Einzelverkaufspreis S 202,- aus.

Daher nehmen wir die unumgängliche Erhöhung des Abonnementspreises zum Anlaß, die Abonnementsbedingungen überhaupt zu verändern.

In Zukunft wird das Abonnement nicht mehr wie bisher 10 aufeinanderfolgende Ausgaben der "Roten Fahne" zu einem fixen Preis umfassen. Vielmehr wird mit der Einzahlung eines Geldbetrags ein "Konto" eröffnet oder erhöht, von dem die einzelnen Ausgaben der "Roten Fahne" mit dem

Verkaufspreis abgebucht werden. Ist das "Konto" aufgebraucht, so erhält der Abonnent so wie bisher eine Verständigung mit der Aufforderung zur Abonnementsverlängerung.

AB 1. JUNI 1989 KOSTET DAS ABONNEMENT DER "ROTEN FAHNE" NACH DER NEUEN "KONTO"-METHODE

ö.S. 250,-

Der Betrag von S 250,- kann mit dem bisherigen Abo-Preis von 165,- natürlich nicht verglichen werden, weil dafür auch mehr geboten wird. Tatsächlich deckt der neue Abonnementsbetrag einen um etwa 20 % größeren Gesamt-Seitenumfang ab als das alte System bzw. etwa 12 Nummern statt 10, wenn man die Gegebenheiten der letzten zwei Jahre zugrundelegt.

Abgesehen von der prompten Postbelieferung hat das Abonnement weiterhin den Vorteil, daß im Einzelverkaufspreis die Versandkosten enthalten sind.

Für die laufenden Abos gilt die Erhöhung natürlich erst nach Auslaufen des gegenwärtigen Abonnements.

Wir wissen sehr wohl, daß den Großteil unserer Abonnenten jede Verteuerung empfindlich trifft. Doch uns bleibt kein anderer Ausweg, wofür wir um Verständnis bitten.

DIE REDAKTION

